

Beschluss des Landrats vom 12.09.2024

Nr. 702

14. Hass, Beleidigungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?

2024/225; Protokoll: cr

Miriam Locher (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stillschweigend stattgegeben.

Miriam Locher (SP) dankt herzlich für die ausführliche Beantwortung. Bei diesem Thema ist gerade in diesen Tagen zu sehen, dass Politikerinnen und Politiker immer wieder Hassreden, Beleidigungen und Drohungen ausgesetzt sind. Erst kürzlich ist auch eine Studie erschienen, die zeigt, dass ein Drittel von allen Gemeinde-Politikerinnen und -Politikern betroffen ist. Alle sind darauf angewiesen, dass sich Leute freiwillig im System engagieren. Wenn man in solchen Ämtern Hass, Beleidigungen und Drohungen ausgesetzt ist, macht dies Mühe und beelendet. Gerade im aktuellen Fall ist zu sehen, wenn einem ein Fehler passiert und man sich entschuldigt, dass man wirklich auch ganz brutal unter die Räder kommen kann. Allen sollte es ein Anliegen sein, dass die Gesellschaft so etwas nicht toleriert, sich alle zusammen wehren und auch der Kanton Mittel und Wege findet, um die Politikerinnen und Politiker zu schützen. Miriam Locher hofft sehr, dass es noch weiter- und vorwärtsgeht, indem die Leute, die sich freiwillig für unser System engagieren, zu schützen versucht werden, und dass die Gesellschaft als Ganzes Verantwortung übernimmt.

Marc Schinzel (FDP) sagt, der Hass gegen Politikerinnen und Politiker, die Hate-Speeches, die massiven Drohungen und Beleidigungen seien ein grosses Problem. Das ist offensichtlich und ist, wie Miriam Locher sagte, sehr aktuell zu sehen. Es ist auch nicht die Frage, ob es unter der Gürtellinie ist oder nicht, da muss man gar nicht darüber diskutieren. Das Mass wurde eigentlich schon lange überschritten, das ist völlig klar. Der Regierungsrat hat die Interpellation jedoch sehr gut beantwortet. Möchte man effizient und wirksam etwas unternehmen, dann sollten die bereits bestehenden Kanäle und die Instrumente genutzt werden. Man sollte darauf achten, dass die Instrumente, Kanäle und Organisationen, in diesem konkreten Fall die Polizei, genügend gut ausgerüstet und sensibilisiert sind und dass sie auch die nötigen Tools zur Verfügung stellen. Der Redner ist froh, dass der Regierungsrat aufzeigen kann, dass dies im Kanton Basel-Landschaft mit der Möglichkeit der niederschweligen Online-Meldung der Fall ist. Auch wenn es vielleicht so aussieht, als ob dies gegen die Ziele der Interpellation gerichtet wäre: Marc Schinzel ist kein Freund davon, immer wieder neue Organisationen aufzubauen. Man sollte mit den vorhandenen Gefässen arbeiten und diese dafür wirksam und gut ausrüsten. Der Redner glaubt, der Kanton sei diesbezüglich auf einem guten Weg. Die JSK hat an ihrer letzten Sitzung von Mark Burkhard wieder erfahren können, wie die Polizei sehr bewusst den Gefahren und Risiken im Kanton nachgeht und ihnen sehr spezifisch wirksame Gegenmittel entgegensetzen versucht.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) hält fest, das Ausmass von Hate-Speeches sei teilweise kaum zu glauben. Was derzeit auf nationaler Ebene läuft, ist schlicht nicht tolerierbar. Es kann nicht sein, dass jemand Personenschutz braucht, wenn er einen Fehler gemacht und sich entschuldigt hat. Das geht noch viel weiter als eine Speech. Dabei wird jemand auf eine Art und Weise bedroht, dass es am Schluss Personenschutz der Polizei braucht. Da werden in unvorstellbarem Mass Grenzen überschritten. Regierungsrätin Kathrin Schweizer ist das Thema sehr wichtig. Sie konnte als Vertreterin der KKJPD an einem Runden Tisch teilnehmen, den die damalige Vor-

steherin des EJPD ins Leben gerufen hat. Es ging um Hate-Speech und es gab auch einen intensiven Austausch mit Generalsekretärinnen und -sekretären der Bundesratsparteien und den Parteien im Bundeshaus. Dabei wurde festgestellt, dass vor allem die Nationalrats- und Ständeratsmitglieder sehr gut informiert sind, wie sie reagieren müssen und wohin sie sich wenden können etc. Die Kantonsvertreterinnen und -vertreter sind hingegen wahrscheinlich etwas schlechter informiert und auf kommunaler Ebene ist es nochmals schlechter. Aufgrund der Erfahrungen des Bundes soll eine Broschüre erarbeitet werden, die an Politikerinnen und Politiker abgegeben werden kann, so dass sie, wenn etwas geschieht, wenigstens wissen, wie sie richtig reagieren können. Das Thema wird weiterhin aktuell bleiben. Wahrscheinlich wird es irgendwann nicht nur gewählte Politikerinnen und Politiker, sondern vielleicht auch Exponentinnen und Exponenten von NGOs oder dergleichen in ähnlicher Weise treffen. Wie erwähnt, wird auf nationaler Ebene daran gearbeitet, um etwas abgeben zu können. Seitens Polizei ist der Kanton Basel-Landschaft bereits sehr gut aufgestellt.

://: Die Interpellation ist erledigt.
